

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Januar 2013

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
Europäisches Jahr 2014: Stand der schriftlichen Erklärung Nr. 32.....	2
Kinder und Familien im Internet.....	2
COFACE diskutiert den Einfluss des gesellschaftlichen Wandels auf Familien	2
Kick-off meeting des ERNE Projekts zur Integration von Roma	3
Neuigkeiten aus den EU-Institutionen.....	3
Irlands Agenda für Ratspräsidentschaft.....	3
Europäische Kommission veröffentlicht EU-Sozialbericht.....	3
Vereinte Kraftanstrengung zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit	3
Europäische Kommission: Frauenanteil in Führungspositionen im EU-Raum gestiegen	4
Anhörung zum Europäischen Fonds gegen extreme Armut im Europäischen Parlament	4
Konsultation zu Schulobstprogramm gestartet.....	5
Weitere Nachrichten	5
Europäisches Zentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität eröffnet.....	5
50 Jahre Élysée-Vertrag: Deutschland und Frankreich wollen soziale Dimension der Zusammenarbeit stärken.....	5
Social Platform: Agenda für 2013.....	5
Frankreich über „Homo-Ehe“ und Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare gespalten	6
Berichte und Studien.....	6
EU 2020: European Women’s Lobby veröffentlicht alternative länderspezifische Empfehlungen	6
OECD: Geschlechtsspezifische Unterschiede abbauen	6
Eurofound-Bericht zur Inklusion von gesundheitlich benachteiligten Jugendlichen in den Arbeitsmarkt.....	7
EU Peer Review: Bessere soziokulturelle Teilhabe als Instrument gegen Kinderarmut.....	7
Bevorstehende Veranstaltungen.....	7

Neuigkeiten aus der COFACE

Europäisches Jahr 2014: Stand der schriftlichen Erklärung Nr. 32

Bis zum 22. Januar haben 334 Abgeordnete des Europäischen Parlaments die schriftliche Erklärung Nr. 32 zur Unterstützung des Europäischen Jahres 2014 zur Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben unterschrieben, die die Confederation of Family Organisations in the European Union (COFACE) initiiert hat. (siehe [Europa News 10/2012](#) und [11/2012](#)). Stichtag der schriftlichen Erklärung war ursprünglich der 22. Januar 2013. Das Europäische Parlament hat diese Frist nun um einen Monat verlängert, in der die fehlenden 44 Unterschriften geleistet werden können.

- [Website der COFACE zur Kampagne für das EY2014 \(englisch\)](#)

Kinder und Familien im Internet

Am 1. Februar 2013 fällt der Startschuss für ein neues COFACE-Projekt, das für das Thema Internet-Mobbing unter Jugendlichen sensibilisieren will. Gemeinsam mit acht Projektpartnern aus verschiedenen europäischen Ländern sollen unter anderem Best Practice Beispiele bezüglich der Erkennung, Beobachtung und Prävention von schikanierendem Verhalten und Mobbing zusammengestellt und Handlungsempfehlungen für Schulen und Familien entwickelt werden. Die Projektlaufzeit beträgt 18 Monate, der erste Meilenstein ist für den Mai 2013 geplant: eine Europäische Konferenz in Madrid.

Die COFACE ist außerdem Mitglied in der *Coalition to make internet a better place for children*. Am 22. Januar veranstaltete die Europäische Kommission eine Tagung, um auf das erste Jahr der Koalitionsarbeit zurückzublicken.

Das Ziel, das Internet zu einem besseren Ort für Kinder zu machen, verfolgt auch die AGF-Broschüre „Die Einstellung macht’s“, die auf das Problem der personalisierten Werbung und des Datenschutzes im Internet aufmerksam macht und Lösungen vorschlägt.

- [Informationen zum Projekt gegen Internet-Mobbing auf der Internetpräsenz der COFACE \(englisch\)](#)
- [Zur AGF-Broschüre „Die Einstellung macht’s“](#)

COFACE diskutiert den Einfluss des gesellschaftlichen Wandels auf Familien

Bei einem Treffen der Arbeitsgruppe „Family and Social Policy“ am 11. Januar in Brüssel wurden die Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichem Wandel und dem Wandel des Familienlebens diskutiert. Gerade vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise gab es großen Gesprächsbedarf. Die Debatte soll fortgesetzt werden und in einen Forschungszusammenhang eingehen, den die Universität Stockholm koordiniert. Ab dem 1. Februar startet das auf vier Jahre angelegte Verbundprojekt „Changing families and sustainable societies: Policy contexts and diversity over the life course and across generations“ (FP7-SECURITY), an dem über 25 Partner beteiligt sind, darunter auch die AGE Plattform Europa, das finnische COFACE-Mitglied Västoliitto sowie das Deutsche Jugendinstitut e.V.

- [Projektinformationen zu FP7-SECURITY auf dem EU-Forschungsportal cordis](#)

Kick-off meeting des ERNE Projekts zur Integration von Roma

Am 15. und 16. Januar trafen sich die Projektpartner des ERNE (European Roma Integration Good Practice Exchange and Policy Network) Projekts zum Kick-off in Graz. Die COFACE ist einer von neun Partnern, die Good Practice Beispiele aufzeigen und politische Handlungsempfehlungen entwickeln sowie generell eine öffentliche Sensibilisierung für die Integration von Roma anstoßen wollen. Das gilt insbesondere für die Themenfelder der frühkindlichen und schulischen Bildung, Ausbildung und Studium. Das Projekt läuft bis November 2014.

- [Weitere Informationen auf der Internetpräsenz der COFACE \(englisch\)](#)

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

Irlands Agenda für Ratspräsidentschaft

Irland hat zum 01. Januar 2013 turnusgemäß die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Schwerpunkte der Arbeit sollen sind die Themen wirtschaftliche Stabilität und Wachstum, Arbeitsplätze sowie sozialen Zusammenhalt sein. Besonderes Augenmerk soll auf die Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit gelegt werden. In Bezug auf Familienpolitik richtet die Irische Ratspräsidentschaft gemeinsam mit der COFACE am 5. und 6. Februar in Dublin die Konferenz „Vulnerable Families – What can Europe do?“ aus. Thematische Schwerpunkte sind: Gesundheit, soziale Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit sowie eltern- und familienunterstützende Dienstleistungen.

- [Nähere Informationen zur Familienkonferenz auf der Internetpräsenz der COFACE \(englisch\)](#)
- [Website der Irischen Ratspräsidentschaft](#)

Europäische Kommission veröffentlicht EU-Sozialbericht

Am 8. Januar 2013 hat die Europäische Kommission den aktuellen Jahresbericht zu Beschäftigung und Sozialer Lage in Europa vorgelegt. Er zeigt, dass die europäischen Staaten die Wirtschafts- und Finanzkrise unterschiedlich gut verarbeiten können. Vor allem die südlichen Staaten befänden sich in einer „Abwärtsspirale“. Aber nicht nur zwischen den Ländern, sondern auch innerhalb der nationalen Arbeitsmärkte bestünden große Unterschiede, so dass die so genannte soziale Schere weiter auseinandergehe und geschlechtsabhängige Gehaltsunterschiede fortbeständen. Für eine wachsende Gruppe habe sich so das Risiko einer langfristigen sozialen Ausgrenzung deutlich erhöht. Der Bericht geht auch der Frage nach, welche Faktoren zu den divergierenden Entwicklungen beigetragen haben, wie beispielsweise das Wohlfahrtsstaatsmodell, die Ausrichtung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, die Finanzierungsgrundlagen sozialstaatlicher Leistungen oder das Vorhandensein von Mindestlöhnen.

- [Bericht: Employment and Social Development in Europe \(englisch\)](#)

Vereinte Kraftanstrengung zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit

Nach jüngsten Eurostat-Zahlen befindet sich die Jugendarbeitslosigkeit mit durchschnittlich 23,7 Prozent in der EU weiterhin auf einem Rekordhoch (siehe [Europa News 11/2012](#)). Besonders dramatisch ist die Lage in Spanien (56,5 Prozent) und Griechenland (57,6 Prozent). Irland hat sich deshalb die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit als einen Schwerpunkt der Ratspräsidentschaft auf die Agenda gesetzt. Dabei kann auf das Maßnahmenpaket der Europäischen Kommission zurückgegriffen werden, das am 5. Dezember 2012

vorgestellt wurde (vgl. [Europa News 12/2012](#)). Darin ist auch die Forderung einer so genannten „Jugendgarantie“ enthalten, die dafür sorgen soll, dass alle unter 25-Jährigen innerhalb von vier Monaten der Arbeitslosigkeit ein gutes Angebot für eine Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsstelle beziehungsweise für eine Weiterbildung erhalten sollen. Inzwischen hat das Europäische Parlament das Vorhaben durch eine Resolution unterstützt. Die Jugendgarantie umzusetzen liegt jedoch in der Verantwortung der Mitgliedstaaten.

In Deutschland hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) vor dem Hintergrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit vor allem in den südlichen EU-Mitgliedstaaten das Sonderprogramm „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa (MobiPro-EU)“ aufgelegt. Es unterstützt ab sofort junge EU-Bürger im Alter von 18 bis 35 Jahren dabei, in Deutschland eine betriebliche Berufsausbildung oder eine qualifizierte Beschäftigung in bestimmten Berufsbereichen aufzunehmen, in denen Personalmangel herrscht. MobiPro-EU sieht dafür in erster Linie Sprachkurse und Reisekostenzuschüsse vor.

- [Pressemitteilung des EP vom 16. Januar 2013](#)
- [Nähere Informationen zum BA-Sonderprogramm auf der Internetpräsenz der Bundesregierung](#)

Europäische Kommission: Frauenanteil in Führungspositionen im EU-Raum gestiegen

Am 25. Januar legte die Kommission neue Zahlen zu den Frauenanteilen in den Leitungspositionen börsennotierter Unternehmen vor. Diese belegen einen Anstieg von 13,7 Prozent im Januar 2012 auf 15,8 Prozent im Oktober 2012. Der Kommission unterscheidet dabei zwischen nicht geschäftsführenden (Aufsichtsräten) und geschäftsführenden Posten. Während bei ersteren der Frauenanteil nun durchschnittlich 17 Prozent beträgt (2012: 15 Prozent), liegt er bei letzteren bei 10 Prozent (2012: 9 Prozent). Der Aufwärtstrend speist sich aus allen Mitgliedstaaten außer Bulgarien, Polen und Irland. Die stärksten Impulse gehen von Ländern mit nationaler Quotenregelung aus, (z.B. Italien und Frankreich). Justizkommissarin Viviane Reding sieht diese Wirkung von gesetzlichen Vorgaben als Argument für eine EU-weite Regelung. Im November hatte sich die Kommission dafür ausgesprochen, den Frauenanteil auf 40 Prozent anzuheben (vgl. [EuropaNews 11/2012](#)). Der Vorschlag der Kommission muss nun vom Europäischen Parlament und von den EU-Mitgliedstaaten im Rat verabschiedet werden, damit er in Kraft treten kann. Zwar hatten sechs nationale Parlamente (Großbritannien, Tschechien, Polen, Dänemark, Schweden und Niederlande) im Rahmen der Subsidiaritätsprüfung Widerspruch eingelegt, das erforderliche Quorum, um die Angelegenheit in die Mitgliedstaaten zu delegieren, ist damit jedoch nicht erreicht.

- [Pressemitteilung der Kommission vom 25. Januar 2013](#)

Anhörung zum Europäischen Fonds gegen extreme Armut im Europäischen Parlament

Der Ausschuss für Beschäftigung und Soziales des Europäischen Parlaments lud am 23. Januar zu einer Anhörung zum Europäischen Fonds gegen extreme Armut ein. Der vorgeschlagene Fonds soll 2,1 Milliarden Euro umfassen und direkte Hilfe für Menschen in größter Not leisten. Es ist vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten zu entsprechenden Projekten eine Kofinanzierung von 15 Prozent leisten. Das EP wird voraussichtlich am 22. April über den Vorschlag abstimmen.

Konsultation zu Schulobstprogramm gestartet

Seit 2009 läuft das EU-Programm zur Versorgung von Schulkindern mit Obst, Gemüse und Milch. Um das Programm weiterzuentwickeln hat die Kommission am 28. Januar eine Konsultation gestartet, an der sich interessierte Bürger, Organisationen und öffentliche Behörden bis zum 22. April beteiligen können.

- [Nähere Informationen auf der Website der Kommission](#)

Weitere Nachrichten

Europäisches Zentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität eröffnet

EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström hat am 11. Januar 2013 in Den Haag das neue Europäische Zentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität (European Cybercrime Centre – EC3) eröffnet. Neben Online-Betrug und anderen Straftaten soll das Zentrum auch den Kampf gegen Kinderpornografie und -missbrauch unterstützen. Erst im Dezember hatte Malmström gemeinsam mit US-Justizminister Eric Holder in Brüssel ein weltweites Bündnis gegen Kindermissbrauch im Internet gestartet (siehe [Europa News 12/2012](#)).

- [Nähere Informationen auf der Internetpräsenz von Europol \(englisch\)](#)

50 Jahre Élysée-Vertrag: Deutschland und Frankreich wollen soziale Dimension der Zusammenarbeit stärken

Anlässlich des 50. Jahrestags der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit unterzeichneten die Regierungen der beiden Länder am 22. Januar neue politische Leitlinien für ihr gemeinsames Handeln. Dabei rückte ein neuer Schwerpunkt auf die Agenda: die wirtschaftliche und soziale Dimension. So heißt es in der Erklärung: „Wir beschließen, im Rahmen einer ministeriellen deutsch-französischen Arbeitsgruppe zu sozialen Fragen unseren Austausch über unser jeweiliges Sozialmodell zu intensivieren und dabei die zuständigen Minister einzubeziehen.“

- [Erklärung des Deutsch-Französischen Ministerrats anlässlich des 50. Jahrestags des Élysée-Vertrags](#)

Social Platform: Agenda für 2013

Die Social Platform als Zusammenschluss zahlreicher europäischer NGOs (darunter auch die COFACE) setzt sich dafür ein, den Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen zu bezahlbaren Preisen für alle Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. 2012 lag das Augenmerk auf Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen und darauf, wie sie im Binnenmarkt besonders geschützt werden können. In diesem Zusammenhang hat im Dezember 2012 der EP-Ausschuss für den Binnenmarkt beschlossen, dass bei öffentlichen Ausschreibungen das Kriterium des niedrigsten Preises abgeschafft und durch Qualitätskriterien ersetzt werden soll. 2013 will die Social Platform nun den Fokus darauf setzen, dass soziale Dienstleistungen als gesellschaftliche Investitionen begriffen werden, die gerade in Krisenzeiten nicht verzichtbar sind. Als weiteren Schwerpunkt fordert die Organisation, dass 2013 der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung wieder zur Priorität der EU-Politik wird. Die EU 2020-Strategie hatte sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 20 Millionen Menschen aus Armut zu befreien. Die Social Platform fordert außerdem, dass die Debatte über Mutterschutzrichtlinie wieder aufgenommen wird und zählt dabei auf das Engagement der Irischen Ratspräsidentschaft.

- [Internetpräsenz der Social Platform](#)

Frankreich über „Homo-Ehe“ und Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare gespalten

Seit Beginn des Jahres wird in Frankreich intensiv über die Öffnung der Ehe sowie des Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Paare diskutiert. Zwar nahmen auf Demonstrationen gegen bzw. für ein entsprechendes Gesetzespaket der Regierung etwa 340 000 bzw. 125 000 Menschen teil. Laut Umfragen spricht sich eine Mehrheit (63 Prozent) der Franzosen jedoch für den Zugang zur Ehe für Homosexuelle aus. Die Kritik wendet sich in der Diskussion überwiegend gegen das geplante Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare, das eine geringere Zustimmung erfährt (49 Prozent). Die Gesetzesinitiative wurde am 29. Januar ins Parlament eingebracht.

Die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren ist aktuell auch in anderen Staaten Europas Thema. Am 26. Januar hat das polnische Parlament ein Gesetz über eingetragene Lebenspartnerschaften für Homosexuelle abgelehnt, wobei Premierminister Donald Tusk vom konservativen Flügel seiner eigenen Partei überstimmt wurde. In Deutschland arbeitet das Bundesverfassungsgericht gerade an einer Entscheidung über die so genannte Sukzessivadoption, also die Adoption eines Kindes, das zuvor bereits der Lebenspartner adoptiert hatte.

Berichte und Studien

EU 2020: European Women's Lobby veröffentlicht alternative länderspezifische Empfehlungen

Die Europäische Frauenlobby EWL hatte bereits im letzten Jahr kritisiert, dass die wirtschaftliche Situation von Frauen in den Zielsetzungen der EU 2020-Strategie zu wenig Raum einnehme. Deshalb hat der Verband in diesem Jahr unter dem Titel „Ticking Clocks“ einen Bericht vorgelegt, den er als Alternative zu den länderspezifischen Empfehlungen versteht, die die Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters formuliert. Darin werden die Nationalen Reformprogramme der EU-Mitgliedstaaten auf ihre gleichstellungspolitischen Aspekte hin analysiert. Für Deutschland zielt die Kritik in erster Linie auf den Indikator Erwerbsbeteiligung ab. Dieser steige zwar, was aber in erster Linie auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse vor allem für Frauen zurückzuführen sei.

- [EWL Meldung vom 14. Januar 2013 mit Link zum Bericht \(englisch\)](#)

OECD: Geschlechtsspezifische Unterschiede abbauen

Die OECD hat einen Bericht unter dem Titel „Closing the Gender Gap. Act Now“ veröffentlicht. Dabei werden gleichstellungspolitische Handlungsspielräumen in vier Feldern untersucht: soziale Normen und öffentliche Ordnung, Bildung, Beschäftigung und Unternehmertum. Die COFACE weist auf drei zentrale Botschaften des Berichts hin. Erstens: Eine höhere Geschlechtergerechtigkeit bei den Bildungsabschlüssen hat einen starken positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum. Zweitens: Geschlechterklischees bei der Fächer- und Berufswahl müssen vom Kindesalter an thematisiert werden. Drittens: Gute und bezahlbare Kinderbetreuung ist ein Schlüsselement für eine geschlechtergerechte Arbeitswelt.

- [Nähere Informationen auf der OECD-Website](#)

Eurofound-Bericht zur Inklusion von gesundheitlich benachteiligten Jugendlichen in den Arbeitsmarkt

Junge Menschen mit gesundheitlichen Problemen oder Behinderungen werden derzeit von arbeitsmarktpolitischen Programmen kaum erfasst. In einem aktuellen Bericht zur aktiven Inklusion dieser Jugendlichen fordert Eurofound deshalb, den Fokus stärker auf diese Gruppe zu richten. Es werden Good Practice Beispiele aufgezeigt, wie zum Beispiel flexible Vorteilsleistungen oder ein Schule-Berufs-Übergangmanagement, die als Orientierung für zukünftige politischen Maßnahmen dienen sollen.

- [Bericht „Active inclusion of young people with disabilities or health problems“ \(englisch\)](#)

EU Peer Review: Bessere soziokulturelle Teilhabe als Instrument gegen Kinderarmut

Im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) für Sozialschutz und soziale Eingliederung fand im September letzten Jahres in Brüssel eine Peer Review-Konferenz statt. Die Fragestellung lautete, inwiefern Maßnahmen zur soziokulturellen Teilhabe als Teil einer Strategie gegen Kinderarmut verstanden und umgesetzt werden können. Die OMK stellt eine Möglichkeit für EU-Mitgliedsländer dar, jenseits der supranationalen Ebene zu kooperieren. Der Bericht zur Peer Review liegt nun online in Englisch, Französisch, Deutsch und Niederländisch vor.

- [Nähere Informationen auf der Website der EU-Kommission](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

- COFACE und Irish Countrywomen's Association (ICA): Konferenz [„Vulnerable families – What can Europe do?“](#) (4.-5. Februar 2013, Dublin)
- Safer Internet Day: [10. Safer Internet Day 2013](#) (5. Februar 2013, Brüssel)
- [12. Forum zu Perspektiven Europäischer Jugendpolitik](#) (6. Februar 2013, Berlin)
- Expertenkonferenz [„Employment and Social Developments in Europe Review 2013“](#) (6. Februar, Brüssel)
- Y.E.S. Forum [„Concepts and Experiences to Fight Bullying in Europe. Results and Products of the ATTEMPT project“](#) (7. Februar, Berlin)
- Weltweiter Mitmach-Aktionstag gegen Gewalt gegenüber Frauen, [One billion rising](#) (14. Februar 2013, für eine Übersicht der Aktionen bitte dem Link folgen)
- Europäischer Rat: [Poverty and Inequality in Societies of Human Rights: the paradox of democracies](#) (21. - 23. Februar 2013, Straßburg)
- Caritas Europa [„The Growing Crisis in Europe – Is the European Union capable of an effective response?“](#) (21. Februar 2013, Brüssel)
- PICUM-Konferenz [„Children First and Foremost: Realising the rights of children and families in an irregular migration situation“](#) (26. Februar 2013, Brüssel)
- JUGEND für Europa: [Fachforum Europa: Europa zusammenhalten - aber wie?](#)  (26. - 27. Februar, Bonn)
- Ausschuss der Regionen: [Europe 2020 Conference - Agenda for new skills and jobs](#) (28. Februar 2013, Dublin)
- Eurochild [Round Table on Family and Parenting Support](#) (5. Mai 2013, Brüssel)

- Eurochild Jahreskonferenz 2013 „[Promoting well-being in an inclusive Europe through children's participation](#)“ (13.-15. November 2013, Mailand)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).
